

Blaue Post

NR. 14

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



930 Tafeln sind Beweis für staatliches Versagen!

Aktuelle AfD-Debatte im Landtag

Durch einen Hilfeschrei aus Essen, sind die Tafeln in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gerückt. Das nahm die AfD-Fraktion zum Anlass für eine aktuelle Debatte im Sächsischen Landtag.

Die Existenz von Tafeln ist im reichen Deutschland selbst ein Skandal: Menschen haben in diesem Land nicht genug, um sich selbst zu versorgen. Mit dem Asylchaos hat sich die prekäre Lage noch verschärft. Das Bevölkerungsexperiment der Merkel-CDU ist gescheitert und trifft immer mehr auch die Ärmsten der Armen. Ältere Bürger sind von der Vielzahl junger, fremdsprachiger Männer abgeschreckt und bleiben den Tafeln fern. Der mangelnde Respekt und die Aggressivität gegenüber Frauen und älteren einheimischen Bürgern zeigen offen die inakzeptablen Kulturunterschiede, aber auch die Lebenseinstellung dieser Männer. 'Deutschland soll meinen Lebensunterhalt bezahlen'. Die Tafeln sind ein Spiegelbild

der Gesellschaft. Die verlässliche Versorgung armer und bedürftiger Menschen durch ein Freiwilligensystem verdeutlicht aber auch das Versagen der Merkel-Politik. Der Staat entzieht sich der Verantwortung, während zunehmend kulturfremde Personen auf Kosten der ehrenamtlichen Helfer eine kostenlose Versorgungsbasis übernehmen. Das verdeutlicht die Anzahl der Tafeln, die sich unter der Merkel-Kanzlerschaft verdoppelt hat! Dabei gebühren Anerkennung und Respekt den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern, teilweise selbst sozial schwache Bürger, die über 930 Tafeln in Deutschland organisieren und leiten. Die Tafeln leisten darüber hinaus – viele wissen das nicht – noch mehr: 40% der Tafeln bieten aktive Jugendarbeit mit Hausarbeitsbetreuung an. 50% der Tafeln bieten Erwachsenen einen Einstieg in Fort- und Weiterbildung. Wir sind die mächtigste Wirtschaftsnation in Europa, welche

es sich leisten kann, die unglaubliche Zahl von 907 Milliarden Euro an Target II Salden gegenüber den Europäischen Ländern anschreiben zu lassen. Wir bewahren EU-Staaten vor dem Bankrott und zahlten 2017 über 732 Milliarden Euro Steuergelder an deutsche Finanzämter. Und trotzdem gibt es hierzulande Alters- und Kinderarmut. Dieser Entwicklung müssen wir deutlich entgegenreten und verhindern, dass der noch funktionierende Sozialstaat Deutschland weiter missbraucht wird. Hilfe ja, aber nur für jene, die diese wirklich benötigen. Wir, die AfD-Fraktion, sagen allen Helfern: Vielen Dank. Das ist eine großartige Leistung.



von
Carsten **Hütter**
MdB



Blauer Brief

von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher

Der westliche Thymos-Hass am Beispiel Trump

„Ich könnte mitten auf der 5th Avenue stehen, auf jemanden schießen und würde trotzdem keine Wähler verlieren“ soll US-Präsident Trump gesagt haben. Zitiert durch die Medien wurde er auch mit diesem Spruch über einen politischen Mitbewerber: „Ich habe ihn nie wegen seines Aussehens angegriffen, und glaubt mir, es würde vieles geben“. Die Reihe solcher Trump'scher Sprüche ließe sich endlos fortsetzen. Nicht nur Frauenrechtler, Schwulenverbände oder linksgrüne Journalisten kübeln darum Häme, Spott, wahlweise auch Wut über dem Präsidenten aus, sondern beinahe alle führenden westeuropäischen Spitzenpolitiker hassen oder verachten den US-Präsidenten regelrecht und sehnen sich mehr oder weniger deutlich nach dem charmanten, höflichen, netten Vorgänger Obama zurück. Das europäische Gegenteil von Trump ist der Franzose Macron. Lächelnd, winkend, nonchalant. Der politisch-mediale Komplex liebt ihn so sehr, wie er Trump hasst. Aber warum ist das so? Die Antwort ist einfach: Je männlicher sich ein Mann benimmt – also manchmal poltrig, manchmal grob und manchmal wütend – desto mehr ist er von der gesellschaftlich gewünschten Verweiblichung der Männer entfernt. Er befindet sich quasi in einer genderneutralen Zone. AfD-Politiker und Philosoph Marc Jongen resümiert dazu: Deutschland leidet an einer „thymotischen Unterversorgung“, einer Armut an Zorn und Wut. Thymos ist ein altgriechisches Wort, das in seiner Bedeutung zwischen Mut, Zorn und Empörung schwankt. Noch immer wird Trump von der Mehrheit der US-Amerikaner geliebt. Sie wollen wahrscheinlich lieber einen Mann, der sich auch wie ein Mann benimmt.



Erfolgreiche Veranstaltung in Eilenburg

Am 22.2.2018 luden Karin Wilke, medien- und schulpolitische Fraktionssprecherin, und ich zur Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort – Bürgergespräch zur Landespolitik“ nach Eilenburg ein.

Nach einer kurzen Vorstellung unserer Personen und Aufgaben in der AfD-Fraktion entstand bei bester Stimmung eine angenehme und kurzweilige Diskussion. Die Bürger wollten vor allem die AfD-Positionen zur Bildung, Verkehrsanbindung / Verkehrsnetzprobleme, Alltag im Landtag, Umgang mit dem Islam / Erfahrungen der Teilnehmer und Breitbandausbau erfahren. Beispielhaft für die Probleme im Freistaat stand ein Junge aus Wurzen, der sehr offen die Alltagsprobleme im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an seinem Gymnasium beschrieb. Erst zögerlich, dann offen, sprach er von Unterrichtsausfällen und auftretenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Asylkindern und einheimischen Schülern.



Veranstaltung in Eilenburg

Seit Jahren sprechen wir diese Themen – Lehrermangel und Innere Sicherheit – offen an und bieten dazu Lösungsansätze, die jedoch immer wieder im Sächsischen Landtag abgelehnt werden. So war es für uns als auch für die Teilnehmer wichtig, dass wir die Probleme offen benennen und die Interessen der Bürger vertreten.



von
André **Barth**
MdL

Jagdgesetzänderung gegen Schweinepest?

Ende Januar änderte die Staatsregierung das Sächsische Jagdgesetz in 4 Punkten:

1. Schalldämpfer sind seit 01.02.2018 wieder erlaubt.
2. Im § 35 des Jagdgesetzes wurde die Genehmigungsvoraussetzung für die Fangjagd auf Wildschweine geregelt. Der Fangjagd stehen wir aus tierethischen Gründen sehr skeptisch gegenüber.
3. Regelung der Duldungspflicht für das unabsichtliche Überjagen von Jagdhunden bei Gesellschaftsjagden wurde geändert - hier haben wir privatrechtliche Bedenken.
4. Einschränkung der im Bundesjagdgesetz geregelten Verwendungs- und Nutzungsverbote von Nachtzieltechnik wurde geändert, welche nun in Sachsen nach bayrischem Vorbild ermöglicht werden kann. Was heißt das? Das können Sie in der Drucksache 17/5539 des Bayerischen Landtages nachlesen. Die Untere Jagdbehörde kann das Verbot durch Einzelanordnung aus besonderen Gründen einschränken, sofern der Revierinhaber das für nötig erachtet. Begründung für Sachsen: Es wird die Möglichkeit geschaffen, in Einzelfällen und unter bestimmten Voraussetzungen zeitlich befristete, persönliche Genehmigungen an einzelne Berechtigte zu erteilen, Nachtzielgeräte ausschließlich zur Schwarzwildjagd zu verwenden. Bringen die vier Neuregulungen etwas, um die afrikanischen Schweinepest in Sachsen zu verhindern? Maßnahmen, wie die wilddichte Umzäunung von Raststätten, Parkplätzen und Autohöfen, eine Desinfektion von Tiertransporten an den Grenzen sowie die abendliche Entleerung und Desinfektion der Mülleimer an Autobahnen und Bundesstraßen, sehen wir als echte Handlungsaufgaben an. Unser Entschließungsantrag (6/12257) wurde wie immer abgelehnt. Wir fordern, alle Kosten und Risiken von den Jägern abzuwenden, die mit der intensiveren Bejagung von Schwarzwild im Zusammenhang stehen.



von
Silke **Grimm**
MdL

Millionen-Kosten durch „falsche“ minderjährige Asylbewerber

AfD-Anfragen

Wenn es um Einsparungen bei Polizei, Bildung oder Infrastrukturmaßnahmen in Sachsen geht, kann der Rotstift der Sächsischen Regierung nicht dick genug sein. Es wird an allen Ecken gespart. Die Auswirkungen sind bekannt und es spürt jeder Bürger im Alltag. Handelt es sich aber um die Finanzierung des CDU- Bevölkerungsexperiments von Millionen Asylbegehren, dann spielen Ausgaben keine Rolle. Geld ist dafür immer und reichlich vorhanden.

Allein die Kosten für das Asylchaos belasteten 2017 den sächsischen Haushalt mit 416 Millionen Euro. Hierbei ist aber der Zuschuss vom Bund in Höhe von 258 Millionen Euro bereits abgezogen. Das ergab die AfD-Anfrage (Drs. 6/12369). Geld, das für Investitionen im ländlichen Raum, beim Breitbandausbau oder bei der Besetzung von Polizei- und Lehrerstellen fehlt. Man muss sich fragen, ob den handelnden Personen bewusst ist, wie hier Steuergelder zweckentfremdet werden?

Eine weitere kleine Anfrage der AfD-Fraktion (Drs. 6/11848) ergab, dass die Kosten für unbegleitete minderjährige Asylbewerber (UmA) regelrecht explodiert sind – sie haben sich im letzten Jahr auf 120 Millionen Euro fast verdoppelt. Zudem findet ein massiver Betrug bei den Altersangaben statt. Für 1753 angeblich minderjährige und 405 gerade volljährig gewordene Ausländer hat das CDU-Sozialministerium im letzten Jahr 120 Millionen Euro Steuergeld ausgegeben – das sind in etwa 55.000 Euro pro Fall! Wie hoch ist ihr Jahreseinkommen? Oder wieviel Euro haben Sie letztes Jahr in eines ihrer Kinder investieren können?

Viele der angeblich Minderjährigen sind längst volljährig. Das zeigen Untersuchungen in Österreich, Dänemark und im Saarland. Auf diesen Asyl-Missbrauch hat die AfD-Fraktion bereits vor Jahren hingewiesen und eine medizinische Altersuntersuchung im Landtag beantragt (Drs. 6/6904). Alle anderen Fraktionen lehnten diesen Vorstoß ab. Das zeigt einmal mehr,



Symbolbild: „Asylbewerber“

dass die Altparteien kein Interesse haben, das Asylchaos zu beenden, den Missbrauch einzudämmen und bestehende Gesetze konsequent anzuwenden. Stattdessen wird die Arbeit der AfD-Fraktion ignoriert und ihre Forderungen als Populismus verunglimpft.

Immer mehr öffentliche Einrichtungen und Kommunen gelangen zur Einsicht, dass die verfehlte Asylpolitik der CDU-Regierung nicht mehr zu schaffen ist. Bereits im Mai 2017 forderte der Deutsche Städte und Gemeindebund: ‚Es ist darüber hinaus zwingend notwendig, dass bei den Jugendlichen bei der Erstaufnahme eine erkenntnisdienliche Behandlung und Altersfeststellung erfolgt‘.

Das CDU-Sozialministerium verschwendet also weiter viele Millionen der Steuerzahler für Wirtschaftsflüchtlinge mit betrügerischen Absichten. Die CDU hat offensichtlich mehr Interesse am Wohlergehen von kulturfremden Ausländern, als an den Sachsen, die dieses Bevölkerungsexperi-

ment auch noch teuer bezahlen sollen.

Dieser Ausgabenirrsinn fiele viel geringer aus, wenn die Landesregierung konsequent abschieben würde.

Doch dieses Ziel gibt es scheinbar bei den Altparteien nicht, denn das würde die Existenzgrundlage der Asylindustrie in Frage stellen, welche deutliche finanzielle Einbußen hinzunehmen hätte.



von
André **Barth**
MdB

Veranstaltungsreihe

**FRAKTION
VOR ORT**

Bürgerverschöpfung zur
Landespolitik

Termine in der Nähe unter:
www.afd-fraktion-sachsen.de

Kein deutsches Kindergeld für im Ausland lebende Kinder

Sozialmissbrauch hat in Deutschland viele Gesichter. Eines davon ist die Zahlung von deutschem Kindergeld an im Ausland lebende Kinder. Diese Benachteiligung, von deutschen Familien muss endlich aufhören.

Wenn EU-Bürger mit ihren Familien in Deutschland arbeiten und leben und hier ihre Steuern zahlen, dann steht ihnen natürlich das volle Kindergeld zu. Warum sollte aber ein im Ausland lebendes Kind dieselben Sozialleistungen erhalten wie hiesige Familien, deren Ausgaben in Deutschland meist höher sind? Die Anspruchsgrundlage ist doch in jedem Land unterschiedlich. Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag (Drs. 19/754) ergab, dass in Deutschland für 210.888 im EU-Ausland lebende Kinder deutsches Kindergeld gezahlt wird.

In Deutschland wird immer von der Gefahr der Kinderarmut gesprochen und dass Kinder unsere Zukunft seien. Bei der aktuellen Kindergeldreglung habe ich das Gefühl, dass die Zukunft der Kinder eher im Ausland liegt.

Als Beispiel möchte ich Litauen nennen. Der Durchschnittslohn liegt hier bei 720 Euro pro Monat. Mit 3 Kindern, für die deutsches Kindergeld gezahlt wird, steigt das monatliche Einkommen erheblich. Die Lebenshaltungskosten sind aber in Litauen wesentlich geringer als in Deutschland. Daher ist es ungerecht, gleiche Leistungen für ungleiche Lebenssituationen zu zahlen. Wir wollen diese Benachteiligung beenden. Kindergeld soll hier lebenden Kindern zu Gute kommen. Wir wollen mit deutschem Steuergeld Familien in Deutschland fördern und nicht das Geld in der EU verteilen.



von
André Wendt
MdL

Der Container-Witz



Symbolbild EAE

Was haben Verwaltungsrichter und Asylbewerber gemeinsam? Bei Platzproblemen müssen sie in einen Container.

Zugegeben, der Witz ist etwas makaber, trifft aber exakt die Realität. Falls Sie noch nicht lachen mussten, gleich werden Sie es. Während des ersten Plenums (2018) im Sächsischen Landtag verkündete unser Justizminister Gemkow, dass es teilweise große Platzprobleme bei der „Unterbringung“ von neuen Verwaltungsrichtern im Freistaat gibt. Man erwäge deshalb aktuell, durch die Aufstellung von Containern neben den Gerichtsgebäuden Abhilfe zu schaffen – jedenfalls übergangsweise und dort, wo der Bedarf besonders hoch ist.

Keine Frage, mehr Personal an den Verwaltungsgerichten ist dringend notwendig. Leider dringend notwendig, insbesondere, weil dort wegen der explodierenden Anzahl an Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide „Land unter“ ist.

Der Begriff „Land unter“ passt hier ironischerweise sowohl im buchstäblichen als auch übertragenen Sinn. Merkel sei Dank, müssen nun nicht nur große Mengen an Steuergeldern für neue Richter und Mitarbeiter ausgegeben werden, es muss auch neuer Platz für diese Arbeitskräfte geschaffen werden, da die Gerichte „aus allen Nähten platzen“.

Möglicherweise will Herr Gemkow nun aus seiner Not eine Tugend machen. Wie sich erst kürzlich aus einer Kleinen Anfrage unserer Fraktion im Landtag (Drucksache 6/12083) ergab, zahlte der Freistaat näm-

lich für den Kauf von 580 Wohncontainern zur Flüchtlingsunterbringung über 12 Millionen Euro. Zusätzlich fielen Mietkosten an, die sich auf fast 1 Million Euro beliefen.

Am Standort Dresden sind aber mittlerweile insgesamt 430 Wohncontainer nicht belegt, am Standort Leipzig sind es 86. Für die leerstehenden - nicht Freistaat eigenen - Wohncontainer fallen nun monatlich noch 47.000 Euro Mietkosten sowie zusätzlich 30.000 Euro für den Objektschutz an.

Es wäre doch eine dreiste Steuergeldverschwendung, dachte sich unser Justizminister bestimmt, wenn die leeren Container weiter ungenutzt blieben.

Die Notbehausungen mussten wegen der Migranten her - nun können sie wegen deren Klagen auch gleich weiter genutzt werden. Nur eben von den Richtern, die darin die Klagen ihrer „Vorgänger“ bearbeiten. Das muss man sich in der Abfolge mal bildlich vorstellen. Vielleicht mag ja jemand einen Comic dazu zeichnen und der AfD zusenden.

Da die Regierungsverantwortlichen aber sicher schon ahnten, dass es auch den ein oder anderen uneinsichtigen Gesellen unter den Asylanten gibt, der sich von einem Urteil wenig beeindruckt lässt - egal ob es nun in einem Container verfasst wurde oder nicht -, wurde die sogenannte „mobile Rückkehrberatung“ ins Leben gerufen.

Dort arbeiten 6 Mitarbeiter, die ebenfalls mit jeder Menge Steuergeld finanziert werden, dafür aber wenig erreichen. Im zweiten Halbjahr 2017 entstanden so Kosten in Höhe von 360.000 Euro, ganze 50 abgelehnte Asylbewerber konnten in dieser Zeit zur Ausreise bewegt werden.

7.200 Euro zahlt der Steuerzahler allein auf diese Art und Weise für jeden Wirtschaftsflüchtling, damit diese abgelehnte Person das tut, was sie sowieso müsste – ausreisen! Kosten für soziale Leistungen, Unterkunft, Sicherheit usw. sind darin selbstverständlich noch nicht enthalten.

Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, ist einem dann doch nicht ganz zum Lachen zumute. Manche Dinge erträgt man am Ende aber eben nur noch mit Humor.



von
Carsten Hütter
MdL

Erste Eindrücke vom Landtag – Kabarett der Altparteien

Seit meinem Einzug in den Sächsischen Landtag Anfang 2018 sind einige Wochen vergangen. Die Arbeit in der Fraktion kann ich als sehr positiv und produktiv bezeichnen. Alle Fraktionskollegen und -mitarbeiter haben mich sehr freundlich aufgenommen. Ja, wir streiten auch um gewisse Punkte, aber das geschieht intern und mit dem nötigen Respekt voreinander. Was ich jedoch in den Ausschüssen und im Plenum bisher erlebt habe, ist zum großen Teil reif für das Kabarett, aber leider politische Realität in Sachsen. Abgeordnete von CDU und Linke grüßen sich mit „Schätzchen“. Der Kultusminister wird im Ausschuss für Schule und Sport von den Linken geduzt, weil man „sich ja gut ken-



Dr.-Ing. Rolf Weigand, MdL

ne.“ Respekt vor dem Amt sieht anders aus. Im Plenum schlägt uns die Einheitsfront entgegen. Die Altparteien bauen ihre Reden immer nach dem gleichen Schema auf. AfD ist „populistisch“ und „rechts“. Ab und zu sind wir auch „Antisemitisten“ oder „Braune in blauer Farbe“. Ich überlege, im kommenden Plenum „Bullshit Bingo“ zu spielen und dann aufzuspringen, wenn alle Schlagwörter von den Altparteien genannt sind. Da es 10.00 Uhr mit dem Plenum losgeht, werde ich diesen Moment wohl schon in der ersten Stunde erleben. Aber es geht noch weiter: Die CDU hält Reden, in denen Phrasen vorkommen wie „sichere Grenzen“, „wir müssen wissen, wer zu uns kommt“ und „wir brauchen ein Europa der Vaterländer“. Merken Sie was? Die verwenden unsere Worte. Aber die CDU meint, diese Themen zu bespielen, und lehnt unsere Anträge immer ab. Das ist typisch für diese Partei: nur

noch Worthülsen ohne Inhalt. Die Zeit der CDU-Herrschaft in Sachsen neigt sich dem Ende, was das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl und der Rückhalt in der Bevölkerung klar zeigen. Als ich am 31. Januar bei der ersten Plenarsitzung 2018 per Handschlag vereidigt wurde, da habe ich nur lange Gesichter gesehen. Das Tragen des Bergkittels bei diesem festlichen Anlass hat eines ganz deutlich gemacht: Die AfD ist die Partei für Tradition und Heimatliebe. Wir wollen fest halten an Altbewährtem und dieses für unsere Kinder bewahren. Endgültig gestalten können wir dann als stärkste sächsische Kraft erstmals 2019 nach der Landtagswahl. Bis dahin müssen wir alle weiter anpacken und vor allem zusammen stehen.



von
Dr. Rolf Weigand
MdL

Autofahrer: Fahrverbote und Enteignung per Gericht

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig folgt der politisch und medial angeheizten Diesel-Hysterie.

Nun sollen also Fahrverbote für Dieselfahrzeuge möglich sein. Hunderttausende Berufspendler, Handwerker, Taxifahrer oder Lieferanten müssen damit rechnen, künftig vom Autoverkehr ausgeschlossen zu werden.

Grund für Fahrverbote sind wissenschaftlich fragwürdige Grenzwerte von Stickoxiden, die von der EU diktiert werden. Ich kenne keine wissenschaftliche Studie, die Nachweise für direkte tödliche Wirkungen des Dieselmotors erbringt. Das zeigt sich auch daran, dass die Grenzwerte für diese Schadstoffe in Büroräumen wesentlich höher sein dürfen, ohne dass von ihnen eine Gesundheitsgefahr ausgeht. Dies verdeutlicht die Absurdität der Diesel-Debatte.

Opfer dieser Entscheidung ist wieder einmal der kleine Mann und brave Steuerzahler, der im Vertrauen auf gesetzliche

Regelungen angeblich umweltfreundliche Dieselfahrzeuge gekauft hat. Durch die Unverkäuflichkeit der Fahrzeuge werden Millionen Autofahrer enteignet, während die Autoindustrie wissentlich Abgaswerte manipulierte und sich nun auf neue Fahrzeugverkäufe freut.

Die Folgen dieser Entscheidung sind noch gar nicht absehbar. Fest steht: Die Altparteien haben weiter massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Sie tragen diese Entscheidung mit und haben nichts dagegen unternommen. Scheinbar sind ihnen die deutschen Dieselfahrer egal.

Wieder einmal scheint Deutschland das einzige Land zu sein, welches im blinden Gehorsam der EU folgt. So erklärte beispielsweise Österreichs neuer Verkehrsminister Hofer (FPÖ), dass man in der Alpenrepublik nicht über Fahrverbote nachdenke. Hofer betont, dass man nicht die Besitzer von Dieselfahrzeugen pauschal zu Sündenböcken erklären könne und die Mehrzahl der Fahrzeugbesitzer auf ihr Fahrzeug angewiesen sei.



Symbolbild Diesel

Die aktuelle Untätigkeit der CDU-SPD-Regierung lässt den Verdacht aufkommen, dass auf Kosten der Autofahrer die Konjunktur und damit das deutsche Steueraufkommen angekurbelt werden sollen.

Dem aufmerksamen Beobachter bleibt nur noch die Frage: Wann fängt nach der Diesel- die Benzin-Hysterie an, um die grüne Ideologie der Elektromobilität endgültig zu erzwingen?



von
Jörg Urban
MdL

Neuer Elefant im Porzellanladen

„Ich wüsste nicht, was wir anders machen sollten“, das waren Angela Merkels Worte unmittelbar nach der Bundestagswahl. Mit dem neuen Handlungsprogramm zur „nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität in Sachsen“ wird klar, diese Worte hätten auch von der sächsischen Staatsregierung fallen können. Wofür Haubitz noch gefeuert wurde, das verbucht Piwarz als eigenen Erfolg. Sachsen wird ab 2019 die Lehrer verbeamten.



Symbolbild: Schule

Alle? Selbstverständlich nicht. Das würde viel zu viel kosten. Von den Bestandslehrern werden nur etwa 6.000 profitieren. Unter den restlichen 25.000 Lehrern werden 20% Beförderungsstellen verlost. Das heißt, unsere altverdienten Lehrer, die schon in der Vergangenheit massive Abstriche hinnehmen mussten, gehen auch diesmal leer aus. Ob sich die Lehrer die Wertschätzung ihrer Arbeit wohl so vorgestellt haben?

Wir glauben nicht. Lob verdient nur die Einstufung der Grundschullehrer in die Entgeltgruppe 13. Damit erhalten sie genauso viel wie ihre Kollegen an den weiterführenden Schulen. Die Staatsregierung setzt damit eine langjährige und originäre Forderung der AfD-Fraktion um - AfD wirkt! Spektakulär ist der Plan des Kultusministers, die Stundentafeln zu „entschlacken“. Hiermit solle die außerordentlich hohe Unterrichtsbelastung sächsischer Schüler gemindert werden.

Böse Zungen aber wagen es zu behaupten, es würde in Wahrheit nur darum gehen, Lehrer einzusparen. Das wurde vom Kultusministerium natürlich umgehend dementiert. Wer das einem CDU-Minister noch glaubt. Noch weniger können uns die

neuesten Zahlen zu den Seiteneinsteigern über den desolaten Zustand des sächsischen Schulsystems täuschen.

Über 60% der neu eingestellten Lehrer sind Seiteneinsteiger, an den Standorten Bautzen und Chemnitz gar 80 bzw. über 70%. Das ist das Ergebnis einer Bildungspolitik, die seit 28 Jahren einzig und allein die CDU zu verantworten hat. Es ist Zeit, dass die CDU in Sachsen abgelöst wird. Die sächsische AfD-Fraktion steht zur Ablösung bereit.



von
Karin Wilke
MdB

Noch nicht mal eine Streife pro Tag für 577 Kilometer Außengrenze

Sie wissen: Die AfD ist die einzige Partei, die vehement Grenzkontrollen einfordert. Dabei geht es uns nicht nur um die Verhinderung illegaler Einreisen. Wir haben auch die osteuropäischen Banden im Blick, die vom Rückspiegel bis zum Mähdrescher derzeit so ziemlich alles mit einfachen Mitteln über die Grenze schmuggeln können. Ebenfalls leidet Sachsen nur deshalb so sehr unter dem Teufelszeug Crystal Meth, weil Drogendealer leichtes Spiel haben. Nun versprochen uns die etablierten Parteien

immer, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern Tschechien und Polen ausbauen zu wollen, wenn die Grenzkontrollen wegfallen.

Schauen wir uns deshalb an, wie diese Zusammenarbeit im Alltag aussieht: Im gesamten Jahr 2017 haben mit Polen und Tschechien lediglich 304 gemeinsame Streifen stattgefunden. Das ist noch nicht einmal eine pro Tag für eine Außengrenze mit einer Länge von 577 Kilometern. Nun können Sie sich selbst überlegen, ob Sie sich sicher fühlen würden, wenn auf der Autobahnstrecke Görlitz-München, die in etwa genauso lang ist, täglich nur ein Polizeifahrzeug zur Kontrolle unterwegs wäre. Dieser Vergleich illustriert sehr schön, wie wenig wir auf unsere Grenzen achten. Für Kriminelle sind dies paradiesische Zustände. Es leiden derweil die in Grenz Nähe beheimateten Unternehmen und natürlich die Bevölkerung. Ihr Schutz ist jedoch unsere Aufgabe! Deshalb brauchen wir durchgängige Grenzkontrollen.

Wer glaubt, darauf verzichten zu können wie die etablierten Parteien, muss wenigstens gemeinsame Streifen im 24-Stundenbetrieb einsetzen, was ebenfalls bisher nicht der Fall ist. Gemeinsam mit Polen gab es im vierten Quartal 2017 ganze zehn Streifen und damit noch nicht einmal eine pro Woche. Damit verkommen die Streifen zu symbolischen Alibiveranstaltungen. Der Schutz unserer Grenze ist damit aber nicht gewährleistet.



von
Sebastian Wippel
MdB



Symbolbild: Grenze

Sicherheit für grenznahe Unternehmen!

Umfragen der Handwerkskammern Cottbus und Dresden weisen seit Jahren auf den existentiell wichtigen Standortfaktor „Sicherheit“ hin: Erfolgreiches wirtschaften unseres Wohlstands bedarf sicherer Unternehmen! „Eigentum verpflichtet!“ - daran wird von Seiten der Politik oft erinnert, wenn es darum geht, neue staatliche Begünstigungen oder bürokratische Hürden zu begründen.

Bei Gewährleistung des Schutzes unternehmerischen Eigentums - basierend auf den Prinzipien der öffentlichen Sicherheit und Ordnung - lässt der Freistaat jedoch seinen Verlautbarungen keine wirksamen Taten folgen. Das spüren besonders Unternehmen in den Grenzgebieten.

Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion am 31. Januar den Antrag „Unterstützung für Wirtschaftsbetriebe in besonders kriminalitätsbelasteten Regionen“ (Drs. 6/11601) ins Plenum eingebracht. Wir fordern, den Unternehmen im grenznahen Raum einen Anspruch auf nicht rückzahlbare Zuschüsse für Investitionen in Sicherheitstechnik zu gewähren. Ergänzend war im Antrag ein Härtefallfonds für Betriebsausfälle vorgesehen. Dies wären wichtige und für den Wirtschaftsstandort Sachsen tatsächlich förderliche Maßnahmen!

Geplünderte Werkstätten, entwendete Maschinen oder Baumaterialien, von professionell organisierten Banden eingesackte Betriebsfahrzeuge - das sind für viele Betriebe in Sachsen seit Jahren reale, bittere und oft die unternehmerische Existenz gefährdende Ereignisse!

Die Staatsregierung stört sich daran wenig. Sie begnügt sich mit Hinweisen auf gering rückläufige Einbruchdiebstahlzahlen und den Verweis auf Beratungsangebote durch den Freistaat – frei nach dem Motto: „Beraten, Beraten und nochmals Beraten“!

„Die Sächsische Staatsregierung hält eine zusätzliche Förderung von Investitionen der Unternehmen in Sicherheitstechnik zur Prävention von Einbruchdiebstählen nicht für geboten.“ Die vorhandenen Förderungen seien „ausreichend“, so die Auskunft

von amtlicher Stelle. Bemerkenswert ist, dass diese „ausreichende“ Förderung den meisten sächsischen Unternehmen jedoch nicht bekannt ist. Noch bemerkenswerter: Die wenigen Kenner der Fördermöglichkeiten nehmen diese höchst selten in Anspruch - was nicht verwundert. Kredite sind eben keine Zuschüsse, die Beratung ist ein Weg, aber nicht das Ziel.



Die leicht rückläufige Zahl von 151.265 Einbruchdiebstählen im Jahr 2016 mag für die Staatsregierung Anlass zum Feiern sein: Für die AfD-Fraktion - und sicher nicht nur für diese - ist dies eine unerträglich hohe Zahl! Jeglicher politische Stillstand an dieser Stelle verhöhnt alle Diebstahlopfere! In gewohnter Praxis wurde unser Antrag am 31. Januar im Plenum abgelehnt.

Die AfD-Fraktion wird nicht nachlassen, die „Angebote“ und Antworten der Staatsregierung zum Themenkomplex kritisch zu hinterfragen - bis die Regierung sich damit befasst und wirkungsvolle Maßnahmen zum besseren Schutz sächsischer Unternehmen vor Diebstählen beschließt! Erste Initiativen dazu sind bereits gearbeitet. Diese werden u.a. das von der Staatsregierung so gepriesene und doch kaum angenommene Präventionsangebot: „Sicheres Handwerk“ (Drs. 6/12370) sowie das Präventionsangebot „Sicheres Unternehmen“ (Drs. 6/12388) genauer unter die Lupe nehmen.



von
Mario Beger
MdL

Impressum

Blaue Post Nr. 14
Februar 2018

Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 - 493-4222
E-Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Auflage: 140.000
Erscheinungsweise: Monatlich

Fotonachweise

Fraktion: S.2 (unten), S.4 (oben), S5, S6 (links), S. 6, S. 7

Privat: S. 1 (oben), S. 3 (oben), S. 6 (unten)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen, müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9TbIf

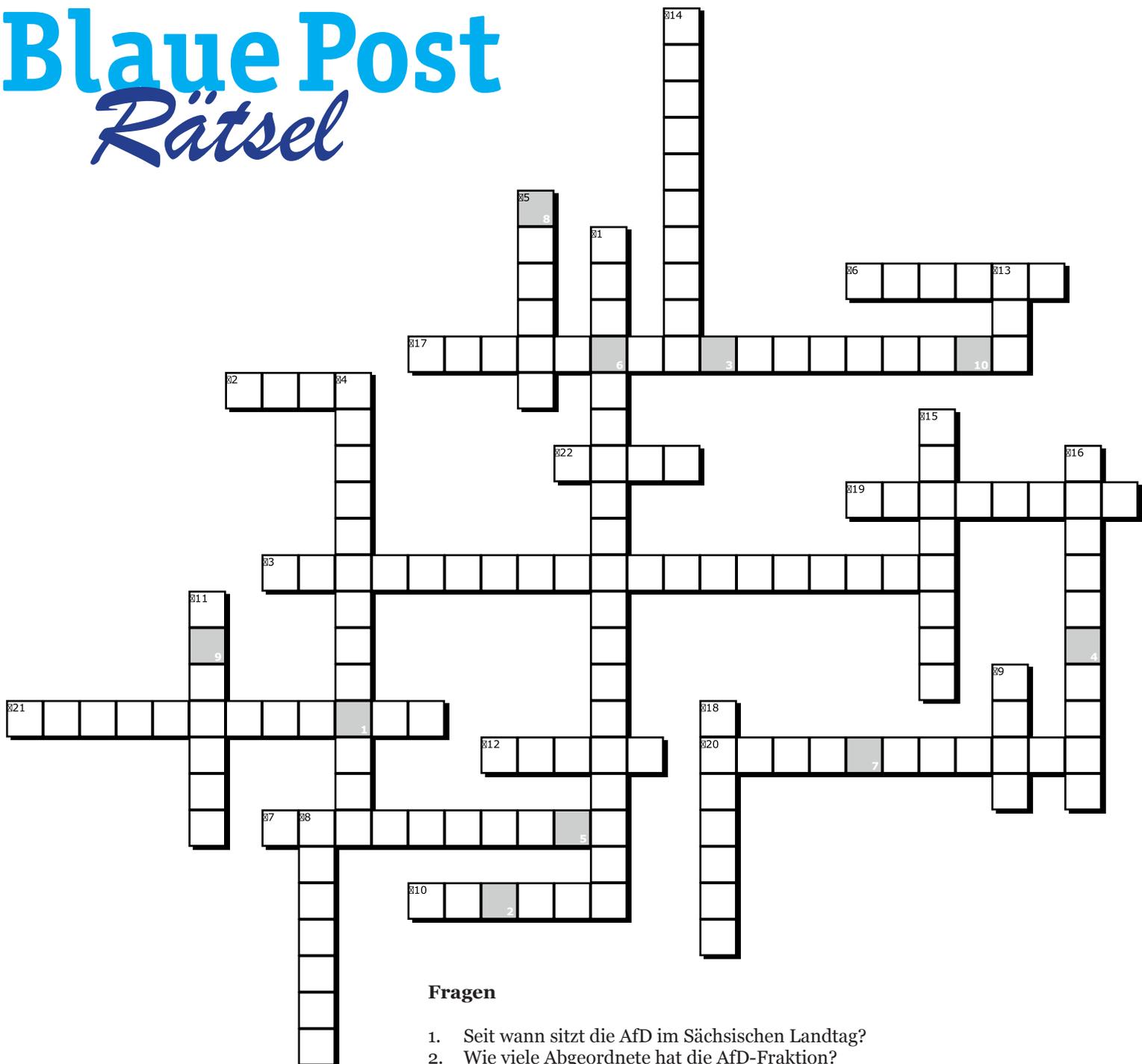
Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de. Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Blaue Post

Rätsel



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Machen Sie beim Rätselspaß mit und gewinnen mit etwas Glück ein von drei Büchern „**Finale Deutschland**“ von **Hans-Hermann Gockel**.

Einsendeschluss ist der 2.Mai.2018.
Rechtsweg ausgeschlossen.

Anschrift:

AfD Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
oder per Mail: info@afd-fraktion-sachsen.de

Fragen

1. Seit wann sitzt die AfD im Sächsischen Landtag?
2. Wie viele Abgeordnete hat die AfD-Fraktion?
3. Wann finden in Sachsen die nächsten Landtagswahlen statt?
4. Welches Geschenk überreichte Jörg Urban MP Kretschmer bei seiner Amtseinführung?
5. Wo wurde die AfD gegründet?
6. Wie heißt die Vorsitzende in der Bundestagsfraktion?
7. Welche Parallelgesellschaften will die AfD verhindern?
8. Welches muslimische Rechtssystem lehnt die AfD ab?
9. Laut Martin Schulz sind Flüchtlinge wertvoller als
10. Nach welcher Stadt ist die gescheiterte Asylpolitik benannt?
11. Wieviele Geschlechter definiert der Genderwahn?
12. Wie heißen nordafrikanische Intensivtäter?
13. Gesetz für verfehlte Energiepolitik?
14. Pressedeutsch für Linksextremisten?
15. Wo ist das AfD Büro mit meisten Überfällen in Sachsen?
16. Name vom voraussichtlich letzten CDU Ministerpräsident?
17. Welche familienpolitische Maßnahme will die AfD einführen?
18. Sächsische Stadt mit den meisten Linksextremisten?
19. Erste Stadt in Sachsen mit Zuzugsstop für Asylbewerber?
20. Mediale Verharmlosung für Ausländerkriminalität
21. EU-Pleiteland
22. Währungsexperiment